

Die Schweiz existiert nicht (mehr)

Von Isolda Agazzi*

Juristisch gesehen, bleibt die Schweiz neutral, aber ihre Friedenspolitik hat sie in den vergangenen fünf Jahren drastisch verändert. Auf dem Weg, ein kleines Land unter anderen zu werden, reiht sie sich in die westlichen Positionsbezüge ein und spielt je länger je weniger eine Rolle als Vermittlerin. Die Kriege in der Ukraine und in Gaza zeigen es.

“Katar träumt davon, das neue Genf zu werden”, erklärte ein Journalist von “France 2” am 26. November, als er über die Freilassung israelischer Geiseln durch Hamas berichtete, die dank der Vermittlung der kleinen Ölmonarchie am Golf ermöglicht worden war. “Sie sprechen mit der ganzen Welt”.

Im Gegensatz zur Schweiz, möchte man hinzufügen. Sie zeigt sich so nahe an Israel wie nie zuvor und scheint im Bereich der Vermittlung und der Friedenspolitik vom Radar verschwunden zu sein. Ist das wirklich so? Oder ist sie daran, die Dinge anders anzugehen?

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gründet die Aussenpolitik der Eidgenossenschaft auf der Verteidigung des Völkerrechts im Allgemeinen, und als Depositär der Genfer Konventionen des Humanitären Völkerrechts im besonderen. Aber mit der Übernahme des Departements für auswärtige Angelegenheiten durch Ignazio Cassis hat sich diese Politik grundlegend verändert.

Ein kleines Land wie alle anderen

Sicher, juristisch gesehen bleibt die Schweiz neutral, wie das Waffenausfuhrverbot in Risikostaaten zeigt, das in Kraft bleibt, obwohl der Nationalrat es durch eine Ausnahme für die Ukraine vor kurzem aufgeweicht hat. Aber in der Perspektive der Friedenspolitik sieht es anders aus. Diese ist in Artikel 54 der Bundesverfassung festgeschrieben, der die fünf Ziele der Aussenpolitik benennt, darunter die Förderung des “Friedlichen Zusammenlebens der Völker”. Bundesrat und Parlament können das mehr oder weniger breit auslegen, und die gegenwärtige Zusammensetzung ist sehr verschieden als jene zu Zeiten der Bundesrätin Micheline Calmy-Rey.

Heute nähert die Schweiz sich den anderen westlichen Ländern an. “Wir werden zum Zwerg der internationalen Politik”, sagt ein Beobachter. Wir verlieren unsere Sonderstellung als Schirmherr der Genfer Konventionen und des Völkerrechts. Wir übernehmen die gleiche Sprache wie die anderen westlichen Länder, wir repetieren, dass Israel das Recht auf Selbstverteidigung habe und machen so Politik, anstatt die juristische Beurteilung zu Ende zu führen und auf dem Völkerrecht und dem Schutz der Zivilbevölkerungen zu insistieren. Das mag uns bei den Amerikanern und der Mehrheit der Europäer gut aussehen lassen, aber wir verlieren unsere Kohärenz und die während Jahrzehnten auf dem Völkerrecht gegründete politische Linie. Wir sind ein Kleines Land wie alle anderen geworden.

Die Schweiz existiert nicht

Seit der Attacke der Hamas vom 7. Oktober 2023 und der Antwort von Israel hat sich das ungute Gefühl verzehnfacht. "Um den Slogan der Weltausstellung von Sevilla aufzunehmen: Die Schweiz existiert nicht", sagt Georges Martin, bis 2016 stellvertretender Staatssekretär im EDA. "Man hat die absurde Idee, ein Spezialgesetz zu erlassen, um Hamas auf die Liste der terroristischen Organisationen setzen zu können. Katar steht mit der ganzen Welt in Verbindung, und wir nehmen uns aus dem Spiel".

In der internationalen Politik gelte es, kaltes Blut zu bewahren, sagt der ehemalige Diplomat, aber die Schweiz zeige emotionale Reaktionen, auf welche die internationale Gemeinschaft nicht gefasst sei. "Wir hatten unsere Rolle im Nahen Osten, wir hatten Beziehungen zu Hamas, als niemand anders sie hatte, und das hat auch den israelischen Interessen gedient. Es ist interessant, dass diese Rolle nun von Katar übernommen wird, das während Jahren Millionen von Dollars zu Hamas geschleust hat und auch einer der besten Freunde der Amerikaner ist. Das ist internationale Politik: Weder Moral, noch Gefühle".

Autonome Sanktionen

Der Wandel in der ausserpolitischen Haltung hat mit dem Krieg in der Ukraine eingesetzt. Die Schweiz hat gegenüber dem Westen eine bereitwilligere Linie eingenommen und – bis zu einem gewissen Grad – Interesse an Verteidigungsinstitutionen wie der NATO bekundet, um ihr Manko zur Selbstverteidigung zu kaschieren.

"Wie können wir eine Rolle spielen, wenn eine der Konfliktparteien – Russland - uns auf die Liste der Gegner setzt?", fragt Georges Martin. "Wir haben immer Sanktionen ergriffen, aber autonom. Im Fall der Ukraine haben wir uns dem Willen der EU und der USA gefügt, und die Russen haben das sehr gut begriffen. Die einzigen Sanktionen, die die Schweiz übernehmen muss, sind jene des Sicherheitsrats. Wir haben sie immer mit sehr strikten Massnahmen übernommen, um Umgehungen zu vermeiden. Bei Iran haben wir manchmal Anpassungen gemacht oder etwas weggelassen. Man hätte im Fall von Russland ähnlich verfahren können und vor allem anders kommunizieren müssen".

Neuartige Positionierung im Sicherheitsrat

"Sind deine Kapazitäten begrenzt, musst du eine Auswahl treffen", sagt ein anderer Beobachter. "Ich glaube nicht, dass die Schweiz ihre Vermittlungen und die Friedenspolitik aufgegeben hat, den sie bleibt weiterhin aktiv, zum Beispiel in Kolumbien." Aber Bern betreibt diese Bemühungen weniger intensiv, und hat Mühe, seinen Platz zu finden. Das liegt zum Teil an Ignazio Cassis, aber er ist nicht allein verantwortlich. Es ist auch eine Folge der Abkommen von Oslo: Die Schweiz glaubte nach dem Golfkrieg von 1991, dass sie eine Rolle spielen könne, aber diese wurde von den Norwegern übernommen.

Aber selbst in der UNO nimmt Bern nun bisher ungewohnte Positionen ein. Anlässlich der Abstimmung im Sicherheitsrat über die Resolution der Vereinigten Arabischen Emirate zu Gaza sagte die Schweiz ausdrücklich, dass sie eine temporäre Waffenruhe befürworte, diese aber kein Präjudiz über Israels Recht auf Selbstverteidigung darstelle. Zu anderen Zeiten hätte sie zuallererst auf dem Schutz der Zivilbevölkerung und dem Prinzip der Proportionalität beharrt, welche Israel offenkundig nicht respektiert. Die israelische Antwort hat laut Hamas bereits über 22 000 Tote gefordert.

Der gescheiterte Versuch des Nationalrats, UNRWA die Gelder zu kürzen

Wie kommt es, dass der Nationalrat UN Watch anhört, eine Genfer Organisation welche die "Times of Israel" als pro-israelische Lobbygruppe qualifiziert, nicht aber die UNO selbst ? Warum nicht Philippe Lazzarini, den Schweizer Chef der UNO-Agentur für Palästinahilfe UNRWA, der sich nicht auf Informationen von irgendwoher stützt? Warum der Versuch im Nationalrat, UNRWA die Schweizer Beiträge zu kürzen, wo doch selbst die Vereinigten Staaten ihre Finanzierung weiterführen?

Welche Auswirkungen hat diese Haltung auf die Glaubwürdigkeit der Schweiz? Palästinenser in Genf zeigen sich verunsichert. Sie hatten Vertrauen in unser Land, respektierten seinen Sinn für Nuancen, halten aber seine Aussenpolitik nicht länger für verständlich. Wie soll dieses Vertrauen wieder aufgebaut werden? Die Schweiz wird nach einem Verbotserlass nicht mehr mit Hamas reden können. Die Russen sind verärgert. Die Syrer kommen seit langem nicht mehr nach Genf. Werden hochrangige Verhandlungen weiterhin in Genf stattfinden können? Sicher kann die Stadt weiterhin ihre Rolle als Plattform für den Austausch zwischen Experten und Unterhändlern dienen, aber nur noch unter dem Radar.

Die Hoffnung auf Rückkehr zu einer friedenspolitischen Rolle der Schweiz ist nicht überall verloren. "Es ist vielleicht nicht definitiv, man wird sich wieder der Schweiz erinnern, die oft einen langen Atem bewiesen hat", glaubt ein weiterer Beobachter. In der Vergangenheit habe die Schweiz die Krisenzeiten anderen überlassen und sich dann in Bewegung gesetzt, wenn der Staub sich gelegt hatte.

Bleibt die Frage, wann und wo. Wenn auch die Schweizer Fähigkeiten intakt bleiben, so ist es der politische Wille umso weniger, vor allem in einem Land, in dem die Amtszeit der Minister keinerlei Beschränkungen unterliegt.

Originaltext Französisch, publiziert Januar 2024. Übersetzung Johann Aeschlimann.

.....
**Isolda Agazzi ist Journalistin BR und Autorin des Blogs www.lignesdhorizon.net*